

Andreas Peham (Wien)

## Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel

*Ausgehend von der Annahme eines inneren Zusammenhanges zwischen Deutschnationalismus, profanisierter Heilserwartung und (völkischer) Gemeinschaftsideologie auf der einen und Antisemitismus auf der anderen Seite wird im vorliegenden Aufsatz versucht, diesen Zusammenhang am Beispiel nationalfreiheitlicher Identitätspolitik seit Ende des 19. Jahrhunderts herauszuarbeiten. Bis 1945 wurde der Antisemitismus als integraler Bestandteil des Deutschnationalismus und der Volksgemeinschaftsideologie offen propagiert, danach jedoch weitgehend auf die politische Hinterbühne verbannt. Zudem machen es die zahlreichen identitätspolitischen Schwenks der FPÖ schwer, die Kontinuität im Ausschluss aus der zuerst christlichen, dann deutschen, österreichischen und schließlich wieder christlichen (und immer bedrohten) Gemeinschaft im dualen oder dichotomischen Muster des völkischen Antisemitismus zu erkennen. Anhand aktueller Beispiele antisemitischer Agitation aus den Reihen der seit 2005 auch in programmatischer Hinsicht wieder deutschnationalen und völkischen FPÖ soll abschließend die These von der Unmöglichkeit einer (christlichen und/oder deutschnationalen) Volksgemeinschaftsideologie, die frei von Antisemitismus wäre, illustriert werden.*

*Keywords:* (deutscher oder ethnischer) Nationalismus, Antisemitismus, Gemeinschaftsideologie, Identitätspolitik, Populismus, FPÖ  
(German or ethnic) nationalism, antisemitism, ideology of ethnic community, identity politics, populism, FPÖ

### 1. Einleitung

Während im Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) aus dem Jahr 1997 das Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ fehlt, wird dieses im *Handbuch freiheitlicher Politik* (FPÖ 2009) wieder offen bekundet. Dieses Bekenntnis wird in der medialen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung meist isoliert vom Antisemitismus betrachtet. Demgegenüber möchte ich im Folgenden von einer Verschränkung des völkisch radikalisierten<sup>1</sup> Deutschnationalismus mit dem Antisemitismus ausgehen. Dieser ist „ein notwendiger Bestandteil deutschnationaler Ideologie“ (Burkert 1995, 214), was den antisemitischen Äußerungen seitens Freiheitlicher eine gewisse Systematik verleiht. Daneben ist die Verheißung idealer oder homogener Gemeinschaft ohne den Hass auf Gemeinschaftsfremde nicht zu haben, kann doch der moderne Antisemitismus auch bestimmt werden als „ein verzweifelter Versuch (...), gegen die Schichtung der Gesellschaft in Klassen eine nationale Union zu verwirklichen“ (Sartre 1975, 187).

Die 1995 in Jörg Haiders öffentlichem Abrücken von der Deutschtümelei kulminierenden identitätspolitischen Schwenks der FPÖ lassen das dahinter liegende Muster völkischer Gemeinschaftsbildung jedoch leicht verschwimmen oder als nicht kohärent erscheinen (vgl. Frölich-Steffen 2004, 291). Tatsächlich existierte dieses Muster aber in der (geschürten) Paranoia vor

„Überfremdung“ und „Zersetzung“ auch nach Haiders Entdeckung eines „aggressiven Österreichpatriotismus“ weiter und verdichtete sich zum „Bild einer politischen Gemeinschaft, die sich nur noch negativ über ihre Identität verständigen kann: durch Abgrenzung“ (Bauböck 2001, 91). Der ethnozentristische und ausschließende Charakter der Gemeinschaftsbildung qua Abstammung oder Religion stellt das Kontinuum freiheitlicher Identitätspolitik dar. Schon beim FPÖ-Volksbegehren *Österreich zuerst!* Anfang 1993 wurde deutlich, dass dieser damals proklamierte „Österreichpatriotismus nicht (...) im Sinne eines politischen Nationsverständnis(es)“ (Sickinger 2008, 223) zu verstehen ist. Weil das völkische Muster sich fortsetzte, die „echten Österreicher“<sup>2</sup> eine Abstammungsgemeinschaft blieben, bedeutete die identitätspolitische Wende auch keinen grundsätzlichen Bruch. Dass Haider während der Regierungsbeteiligung der FPÖ verstärkt in antisemitische Agitation zurückfiel, verweist zudem auf die anhaltende Eignung „des Juden“ zum Platzhalter für undurchschaute Herrschaft und als Symbol für fremde Interessen.

Die weitgehende Übernahme der FPÖ durch deutschvölkisch Korporierte 2005 war gleichbedeutend mit einer Erneuerung des offenen Bekenntnisses nicht nur zum Deutschtum, sondern auch zur Volksgemeinschaft. Der Antisemitismus der „sozialen Heimatpartei“ ist nun wieder überdeterminiert, dementsprechend häufen sich seit 2005 die einschlägigen Äußerungen.

## 2. Nationaler Antisemitismus

In der neueren Literatur wird davon ausgegangen, dass der moderne Antisemitismus weniger durch die Behauptung einer jüdischen „Rasse“, sondern „vor allem durch seine Verknüpfung mit dem Nationalismus konstituiert“ ist (Holz 2001, 12). Dieser als nationaler zu bezeichnende Antisemitismus meint jene „Form der Judenfeindschaft, in der das ‚nationale‘ Selbstverständnis wesentlich durch die Abgrenzung von denen, die als Juden vorgestellt wurden, konturiert wird“ (ebd., 16).

Die lange andauernde und enge „Verflechtung nationalistischer und antisemitischer Motive“ (Hoffmann 2004, 42) ist am Beispiel der deutschsprachigen Länder besonders gut zu analysieren: „Die Beziehung von Nationalismus und Antisemitismus ist (...) nirgends historisch so innig wie in Deutschland und Österreich, wo der völkische Nationalismus geschichtsmächtige Kraft geworden ist.“ (Rensmann 2000, 83) Den Kontext dieser fatalen Verknüpfung bildet neben der verspäteten Nationswerdung der damit zusammenhängende zögerliche und sprunghafte Verlauf der Emanzipation von Jüdinnen und Juden in diesen Ländern. Die „Judenfrage“ ist

*eng mit der Frage nach der nationalen Identität verknüpft, die sich im vielstaatlichen Deutschland, anders als in Frankreich oder England, nicht über politische Institutionen oder Ideale, sondern über die gemeinsame Sprache, Kultur und Abstammung definierte. (Hoffmann 2004, 43)*

In der völkischen Weltanschauung vermengen sich nationales Selbst- und antisemitisches Fremdbild. Das „deutsche Volk“ nahm erst unter französischer Besatzung im Zuge einer „emphatische(n) Selbst-Entdeckung“ (Jeismann 1992, 48) Gestalt an, ihm war also von Anfang ein Unterdrückt- und Bedroht-Sein und dementsprechend paranoides Potenzial eingeschrieben. In der kollektiven Bereitschaft, sich dieser Bedrohung zu erwehren, konstituierte sich das Volk. Der Feind lauerte aber nicht nur außen, sondern auch – mit ihm verbündet – im Inneren: „der Jude“.<sup>3</sup> In Abgrenzung zu seinem antithetischen Zerrbild entwarfen die zumeist akademischen Demagogen „den Deut-

schen“. Diese Konvergenz der Feindbestimmungen begründet den inneren Zusammenhang von Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland (und Österreich).

Zwar lässt sich im frühen Deutschnationalismus ein aufgeklärter bis jakobinischer Traditionsstrang finden, jedoch ist dieser von anderen politischen Nationalismen zu unterscheiden: In Deutschland und Österreich griffen Liberale ebenfalls auf den Geist des Christentums zurück, wenn es darum ging, dem Souverän einen einheitlichen Willen zu verleihen (vgl. Sterling 1969, 80, 84). Auch erfuhr der Volksbegriff nicht erst 1871 eine „reaktionäre Wendung“ (Hoffmann 1993, 23), vielmehr hat sein fortschrittlicher Gehalt nie überwogen und war bereits zur zweiten Reichsgründung gänzlich vom völkischen überlagert. Die verbreitete, oft auch apologetische These, wonach sich ein demokratischer Nationalismus quasi auf einem „Irrweg“ (Mölzer 2001, 116) zu einem antidemokratischen gewandelt habe, verliert angesichts der Geschichte der Deutschtümelei und der Burschenschaften an Plausibilität. Das völkische Korporationswesen war von Anfang an dominiert von Franzosenhass und Antisemitismus (Jeismann 1992, 41; Schiedel/Tröger 2002, 30).

### 3. Christliche und nationale Gemeinschaft

An der Wende zum 20. Jahrhundert ist der politische Nationalismus in den deutschsprachigen Ländern fast gänzlich vom „Nationalismus als Religion verdrängt“ (Mosse 1999, 19). Mit dieser religiösen Aufladung war eine weitere innere Verbindung mit dem Antisemitismus hergestellt: „Es sind die religiösen Dimensionen des Nationalismus (...), die nicht einfach nur eine Tradierung, sondern eine Komplimentierung der christlichen Traditionen darstellen, die die Feindschaft gegenüber den Juden verschärfte.“ (Berghoff 1999, 172)

Der christlich-jüdische Gegensatz (vgl. Peham 2004) wird im völkischen Nationalismus ins Politische und Kulturelle verschoben. Dieser Prozess bezog seine massenmörderische Dynamik aus der gleichzeitigen Verdrängung der „ganze(n) religiösen Komplexität“ der christlich-jüdischen Differenz, wobei „das bloße leere ‚Ärgernis und Anstößige‘, sozusagen ein ‚abstrakter Haß‘, erhalten bleibt, der als leere Form für die verschiedenartigsten politischen und wirtschaftlichen Inhalte sich anbietet“ (Sterling 1969, 86). Den deuschtümelnden Demagogen und insbesondere ihren völkischen Übertreibern blieb das ihres jüdischen Urgrundes beraubte („wahre“ oder „deutsche“) „Christentum ein wichtiges Auslegungsreservoir, aus dem das symbolische Material für die neue nationale Ordnung geschöpft wurde“ (Berghoff 1999, 163). Deren Kampf gegen den Kapitalismus, der mit (jüdischem) „Wucher“ gleichgesetzt und erklärt wurde, erhielt so apokalyptische Dimensionen einer „Erlösung durch Vernichtung“ (Hegener 2004). Da dieser kulturpessimistische Kampf gegen die Modernisierung von Anfang an ein verlorener war, zeichnet ihn eine gewisse Wahnhaftigkeit aus. Im völkischen Dekadenzdiskurs wird die Angstlust am drohenden sozialen Untergang rationalisiert, wobei das befürchtete Schicksal der kleinbürgerlichen Schichten dem ganzen Volk prophezeit wurde. Wenn alles immer schlimmer wird und der Schuldige dafür feststeht, dann führt die „Dynamik der pessimistischen Zukunftserwartung (...) zur Freisetzung aggressiver Energien“ (Hoffmann 1990, 30).

Das politische Kollektiv wird nun als „mystischer Kollektivkörper“ nach dem Vorbild der „Kirche als corpus mysticum“ (Berghoff 1999, 165) imaginiert, wodurch der *Gottesmörder* und die *Synagoga* zum nationalen Feind, die religiösen zu weltlichen Heilserwartungen transformiert sind. Dass dieser Organismus als deutscher sich besonders verletzlich wähnt, Bedrohungen apokalyptischer Dimensionen ausgesetzt zu sein scheint, liegt maßgeblich darin begründet, dass

er „im Unterschied zu Frankreich (...) lange Zeit ein virtueller, ein werdender, noch schwacher Körper der Zukunft“ blieb (ebd., 166). Die triste Realität territorialer Zersplitterung wurde durch die Apotheose des „deutschen Volkes“ und die Mystifizierung seiner „Einheit“ kompensiert. Nun ist nicht mehr die enttäuschende Obrigkeit von Gott berufen, sondern die Gemeinschaft geheiligt. Ihr nachgeordnet ist der rationale und säkulare Staat, der insbesondere in seiner liberal-demokratischen Version als „vom jüdischen Krebsgeschwür angefressen“ (Sterling 1969, 122) betrachtet wurde.

Nationalismus als „nicht-traditionelle Religion“ (Mosse 1999, 15) und Antisemitismus als „Ersatzreligion“ (Holz 2001, 11) sind daneben über den (christlichen) „Gründungsmythos einer ganzen Zivilisation“ (Diner 2004, 320) verbunden: Dieser schreibt die behauptete Blutschuld der Jüdinnen und Juden „in verschiedenen und jeweils zeitgemäßen Transformationen“ (ebd.) fort und wurde im völkischen Nationalismus zum „arischen Mythos“ (Poliakov 1977) radikalisiert. Parallel zur Arisierung Jesu im „deutschen“ oder „wahren“ Christentum kam es zur Gleichsetzung der Passion Christi mit der des (seit Fichte auserwählten) „deutschen Volkes“: „Die Juden kreuzigten Christus erneut, indem sie als ‚Capitalisten und Communisten‘ das ‚eigentümlich deutsche Volkswesen kreuzigten‘.“ (Sterling 1969, 124)

#### 4. Dichotomien

Die völkische Weltanschauung als extremistische Untergruppe des Deutschnationalismus soll als ein um das Primat des Kollektivsubjekts Volk oder Gemeinschaft angeordnetes Bündel von Haltungen analysiert werden. In ihr verbindet sich der nationale Antisemitismus untrennbar mit Antiegalitarismus, Antiliberalismus, Antimodernismus, Antisozialismus, Antiintellektualismus, Antifeminismus usw. Ihre Dynamik bezogen die jeweiligen Anti-Haltungen maßgeblich aus der Verdichtung zur umfassenden Weltanschauung, die angesichts ihrer Hegemonie in Deutschland und Österreich spätestens ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als „kultureller Code“ (Volkov 1990) oder als grundlegendes „duales Wertungsmuster“ (Hoffmann 1990) begriffen werden kann. Dieses Deutungsmuster ist beherrscht von den primären Gegensatzpaaren „Opfer versus Täter, Gemeinschaft versus Gesellschaft, Identität versus Nicht-Identität“ (Holz 2001, 24). Daran anknüpfend setzen die Völkischen dem als „jüdisch-französisch“ bekämpften Liberalismus die „organische“ Staatsauffassung entgegen, dem Individuum und seiner bürgerlichen Organisationsform, der Gesellschaft, die Gemeinschaft, dem menschenrechtlichen Universalismus den stammesrechtlichen Partikularismus, der Gleichheit die Identität, dem Geist die Natur usw. (vgl. Sterling 1969, 119ff.).

Ihre militant antiliberale Grundhaltung ließ die Völkischen jede Parteienform ablehnen. Die ideale („natürliche“ oder „organische“) Gemeinschaft brauche keine Parteien und soziale Interessenvertretungen, die nur zur Spaltung des Volkes beitragen würden und daher als „jüdisch“ denunziert wurden. Die soziale Basis der Völkischen bildete neben der Studentenschaft das Kleinbürgertum, das sich im schroffen Interessengegensatz zum Wirtschaftsliberalismus deutschnationaler Großbürger befand. Georg Ritter von Schönerer dekretierte schon 1879, dass Schluss gemacht werden sollte mit der Bevorzugung der „Interessen des beweglichen Kapitals“ (zit. n. Berchtold 1967, 187). Der völkische Antiliberalismus war von Anfang an Antisemitismus: Die unbegriffenen und dafür umso bedrohlicher wahrgenommenen gesellschaftlichen Entwicklungen stellten sich in seiner „fromm-biederer Anschauungsweise (...) als das Werk einer teuflischen Macht dar“ (Sterling 1969, 116).

Dennoch würde es zu kurz greifen, diese idiosynkratischen Reaktionsweisen auf die Modernisierung als reaktionär oder gar mittelalterlich abzutun. Den Völkischen war bei allem Antimodernismus ein moderner, aktivistischer (gegenrevolutionärer) Zug nicht abzusprechen und so war es mehr als Selbstdarstellung, wenn etwa die Deutsche Arbeiterpartei Österreichs 1913 von sich behauptete, „mit aller Schärfe (...) die rückschrittlichen Bestrebungen, die mittelalterlichen, kirchlichen und kapitalistischen Vorrechte“ (zit. n. Berchtold 1967, 226) zu bekämpfen.

Dieser moderne Charakter des Völkischen erleichterte die in den 1990er-Jahren abgeschlossene Transformation der FPÖ von der Honoratioren- zur populistischen Protestpartei, wobei das dichotomische Muster im „Wir“ (unten) gegen „die da“ (oben und draußen) seine Fortsetzung fand (vgl. Reinfeld 2000). Auch stellen das antidynastische und antiklerikale Motiv, der gewalttätige Aktivismus der Burschenschaften, die Revanchegeleüste der ehemaligen Nazis und Vertriebenen, die militante Ablehnung der österreichischen Nation und des politischen (sozialpartnerschaftlichen) Systems und der Kampf gegen das Verbotsgesetz als Grundlage der antinazistischen Staatsgründung die Deutschvölkischen seit jeher in Opposition zum Staat und begünstigen so die Haider'sche Inszenierung als Anti-Establishmentkraft (vgl. Mölzer 2001, 120; Pelinka 2002a, 3f.).

## 5. Freiheitliche Traditionen

Als deutschnationale „Traditionspartei“ (Pelinka 2002b, 288ff.) repräsentiert die FPÖ insbesondere völkische (antisemitische) Kontinuitäten. Diese werden von freiheitlicher Seite gar nicht bestritten, etwa wenn FPÖ-MEP Andreas Mölzer (2001, 115) darauf hinweist, dass der freiheitliche Weg im 19. Jahrhundert vom „humanistischen Nationsverständnis (...) bis hin zu Georg Ritter von Schönerer“ und schließlich in die Vernichtungslager führte. Diese Traditionsstränge existierten nicht nur aufeinander folgend, sondern auch in einem konflikthaften Nebeneinander. Bis zur vorläufigen Machtübernahme des deutschvölkischen Flügels 1986 war die FPÖ geprägt von einem mehr oder minder offenen Konflikt zwischen großbürgerlichen (Wirtschafts-)Liberalen und kleinbürgerlichen NationalpopulistInnen, zwischen „Achtundvierzigern“ und „Achtunddreißigern“ (ebd., 114).

Freiheitliche nennen zu Recht neben dem Landbund für Österreich die Großdeutsche Volkspartei (GDVP) als Vorläuferpartei (ebd., 115). Letztere schloss im Mai 1933 eine „Kampfgemeinschaft“ mit der NSDAP, aber schon lange davor propagierte auch sie den „Rassenantisemitismus“. Dieser ist nicht einfach populistisches Beiwerk, sondern stellt den programmatischen Kern der GDVP dar. Im „Salzburger Programm“ (1920) wird der innere Zusammenhang zwischen Antisemitismus und „Volksgemeinschaft“<sup>4</sup> betont, wenn Ersterer als die „negative Seite“ Letzterer bezeichnet wird: Der Erhalt der Gemeinschaft gebiete die „Abwehr volksfremder, schädlicher Einflüsse und des Schutzes gegen Fremdkörper“ (zit. n. Berchtold 1967, 478). Der „Jude“ wird gleichgesetzt mit Individualismus, Eigennutz, Geschäftsgeist, die Arbeit sei ihm „ein Fluch“ und einen eigenen Staat könne er nicht erhalten, daher brauche er „einen fremden Körper, auf dem er wuchern kann“ (zit. n. Berchtold 1967, 478f.). Er stehe nicht nur außerhalb der „Gemeinschaft“, sondern verhöhne auch „die Hingabe und Opferwilligkeit für die Gesamtheit als lebensfremden Idealismus“. Vor allem aber betreibe „der Jude“ systematisch die „Zersetzung des inneren Zusammenhaltes des Volkes“ (ebd., 480).

Aber nicht nur die „Deutschen“ seien bedroht: Entsprechend der antisemitischen Figur des jenseits der nationalen Antagonismen stehenden „Dritten“, alle Identität auflösenden Nicht-

Identischen (vgl. Holz 2001, 542ff.), proklamierte die GDVP, dass „der Jude“ alle „Völker“ beherrsche oder zu beherrschen versuchte, indem er sie von innen her zersetzte. Als Ergebnis dieses Wirkens würde die Gemeinschaft in sich gegenseitig bekämpfende soziale Gruppen zerfallen. Entsprechend dieser integrierenden Funktion des Antisemitismus hieß bereits Schönerer in seinem immer militanter werdenden Kampf gegen das „Judentum“ die Hilfe der ansonsten so verhassten slawischen und italienischen Parteien willkommen (vgl. Pauley 1993, 70).<sup>5</sup>

Am deutlichsten wird die Kontinuität (in) der FPÖ in der zunächst bis 1997 andauernden programmatischen Verankerung der „deutschen Volksgemeinschaft“, der „zentrale(n) Kategorie großdeutscher Weltanschauung“ (Dostal 1995, 201). Jedoch war nach Auschwitz die „negative“ Seite dieses Bekenntnisses, der Antisemitismus, auch in Österreich mit einem relativen Kommunikationsverbot belegt (vgl. Bergmann 1997). Seine TrägerInnen waren daher angehalten, ihr Ressentiment in Codes zu kleiden und in der politischen Agitation sich auf die „positive“ Seite des Gemeinschaftsdünkels zu beschränken. „Volksgemeinschaft“ bedeutete nun wieder weniger „Blutgemeinschaft“ als „Solidargemeinschaft“, was aber an ihrem antisemitischen Gehalt nichts änderte, rührt doch dieser auch aus dem Versuch, in heterogenisierenden Verhältnissen homogene Gemeinschaft zu bilden.

Mit dem Aufstieg der Haider-FPÖ verstärkte sich die Kritik am anhaltenden Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“, das man daher im 1997 beschlossenen Parteiprogramm vorübergehend zurücknahm. Der Verzicht auf den diskreditierenden Begriff bedeutete jedoch keinen grundlegenden Bruch mit dem Deutschnationalismus, der vielmehr bloß ethnopluralistisch modifiziert wurde (vgl. Sickinger 2008, 180f.). So blieb etwa die „deutsche Kulturgemeinschaft“ weiterhin im (2005 aktualisierten) FPÖ-Programm verankert. Zudem wurde dem „eigenen Volk“ eine „besondere Wesensart“ zugeschrieben und Österreich in verschiedene „Volkgruppen“ unterteilt, wobei „denklogisch vorausgesetzt wird, daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört“. Das „angestammte Volkstum“ wurde zum Recht, aus welchem sich weitere Rechte ableiten ließen, erklärt. Auch die Tatsache, dass die FPÖ dem Bestand und der Freiheit der „deutschen Volksgruppe“ in Südtirol einen ganzen Artikel widmete, verweist auf die anhaltende deutschnationale Grundierung. Gleiches gilt für den stolzen Hinweis auf den „Anteil des alten Österreichs an der gesamtdeutschen und gesamteuropäischen Geschichte und des hiervon herrührenden kulturellen Erbes“ (FPÖ 2005).

Für die anhaltende Relevanz der Volksgemeinschaftsideologie lassen sich im Programm ebenfalls genügend Anhaltspunkte finden. Insbesondere in der Zuschreibung von Freiheitsrechten an „natürlich“ oder „organisch gewachsene Gemeinschaft“ zeigt sich deutlich die völkische Traditionslinie. In dieser gilt der „Einzelmensch“ nur so viel, als er „stets in eine Gemeinschaft gestellt“ ist (FPÖ 2005).

Nach dem Gang in die Opposition wurde jede Rücksichtnahme fallen gelassen und das offene Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ wieder zu einem Grundsatz freiheitlicher Politik erhoben (vgl. FPÖ 2009, 3). Zudem erfuhr der völkische Antiliberalismus eine Radikalisierung: Nicht das Individuum, sondern die „Gemeinschaft“ ist nun zentrale Bestimmungsgröße, welcher sich alle Politik (aber auch die Wissenschaft) unterzuordnen habe (vgl. ebd., 77, 160). Neben Eigennutz und Hedonismus bedroht auch wieder die „Zersetzung“ das Eigene:

*Die destruktiven Folgewirkungen der von Marx bis zur „Frankfurter Schule“ vertretenen linken Theorien sind heute für alle spürbar. Diese Ideologie sollte zu einer Entwurzelung aus dem christlich-abendländischen Wertgefüge sowie aus jeglicher Gemeinschaft – wie dem Volk – führen. (ibd., 236f.)*

## 6. Deutsch – österreichisch – christlich

Dass der deutschvölkisch Korporierte Jörg Haider 1995 seiner Partei ein Abrücken von der Deutschtümelei verordnete, war weniger weltanschaulicher Verrat als politischer Schachzug. Auch vor ihrem ideengeschichtlichen Hintergrund sollte das proklamierte Bekenntnis zu Österreich in seiner Bedeutung nicht überbewertet werden, ist doch der völkische Diskurs bei allem Dogmatismus und Fanatismus seit jeher flexibel und anpassungsfähig. Entsprechend dem Primat des Völkischen ist das Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ dem zur österreichischen Republik übergeordnet. Und so weist Mölzer (2001, 133) mit Recht darauf hin, dass der Österreichpatriotismus „den dogmengeschichtlichen Traditionen des Dritten Lagers und der Partei“ nicht widerspricht und in „Form von Heimatbewußtsein und staatsbürgerlicher Loyalität (...) ohnedies stets gepflogen“ worden sei. Es ist dieser sekundäre Charakter des freiheitlichen Österreichbekenntnisses, der es wie eine „leere Hülle“ (Frölich-Steffen 2004, 291) wirken lässt.

Der „demonstrative, aber auf Dauer nicht durchgehaltene Bruch mit den deutschnationalen Wurzeln“ (Mölzer 2001, 132) war vorrangig strategisch motiviert. Mit der Absage an die Deutschtümelei sollten neue (konservative und sozialdemokratische) WählerInnengruppen erschlossen werden. Angesichts des sich mehr und mehr festigenden Österreichbewusstseins schien es nicht länger opportun, diesem ein offenes Deutschtumsbekenntnis entgegenzusetzen (vgl. Frölich-Steffen 2006, 53). Es war also vor allem die mittlerweile beschränkte Mobilisierungskraft des Deutschnationalismus<sup>6</sup>, welche die FPÖ auf das österreichische Ticket umschwenken ließ. Das „allzu laute (...) Bekenntnis zur ‚deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft‘“ (Mölzer 2001, 121) war dem Ziel der Stimmenmaximierung hinderlich geworden und musste daher (im Zuge einer allgemeinen Entideologisierung der FPÖ in den späten 1990er-Jahren) etwas zurückgenommen werden.

Zu Recht ist darüber hinaus auf den Zusammenhang zwischen dem Kurswechsel der FPÖ in der EU-Frage zu Beginn der 1990er-Jahre und der Wende zum Österreichpatriotismus hingewiesen worden (vgl. Sickinger 2008, 160).<sup>7</sup> Mit der „Europäisierung von ÖVP und SPÖ“ (Frölich-Steffen 2004, 286) wurde das Feld des österreichischen Patriotismus frei. Bevor dieses besetzt und insbesondere die „Erbschaft der ÖVP“ (Sickinger 2008, 180) angetreten werden konnte, musste jedoch das freiheitliche Identitätskonzept modifiziert werden.

Die Absage an die Deutschtümelei ging einher mit der Entdeckung eines „Christentum(s), das seine Werte verteidigt“ (FPÖ 2005), was ebenfalls auf die Kontinuität im (impliziten) Ausschluss von Jüdinnen und Juden verweist, auch wenn sich die Formulierung vordergründig gegen Muslime richtet. Schon der Verband der Unabhängigen bekannte sich 1954 zu den „sittlichen Grundsätzen wahren Christentums“ (zit. n. Berchtold 1967, 485). Gleiches gilt für die positive Bezugnahme auf das „Abendland“, die sich bereits im „Salzburger Bekenntnis“ der FPÖ finden lässt (ebd., 510). Die neuerliche Hinwendung zu einem kulturellen (nicht-theologischen) Christentum blieb zunächst jedoch eine bloß programmatische. Erst mit dem 2004 einsetzenden innerparteilichen Aufstieg Heinz-Christian Straches, der in den 1990er-Jahren in der Programmdiskussion noch den völkischen Antiklerikalismus hochgehalten hatte (vgl. Schiedel 2007, 113), wurde es auch in der tagespolitischen Agitation gegen eine angeblich drohende „Islamisierung“ relevant (vgl. Sickinger 2008, 183).

In der antimuslimischen Feindbildproduktion der FPÖ setzt sich das duale Muster des Antisemitismus fort. Angesichts des grundlegenden Charakters dieses Musters überraschen die Ähnlichkeiten zwischen kulturellem (religiösem) Antisemitismus und antimuslimischem Ras-

sismus nicht. Kontinuität besteht vor allem in der Gegensatzpaarbildung „wir“ (ChristInnen) gegen „die“ (Muslime), wobei die Eigengruppe projektiv als Opfer der Fremdgruppe aufgefasst wird. Aus Menschen mit anderer Religion werden (kulturelle) Fremde und im nächsten Schritt FeindInnen, denen die Weltbeherrschung und der Hass auf das Christentum religiös vorgeschrieben sei. Vor falschen (und oft demagogischen) Analogiebildungen sei aber gewarnt: Auch wenn dem Feindbild Muslim heute Züge der ursprünglich antisemitischen Figur des „Dritten“ (außerhalb der nationalen Gegensätze) zukommen, so kann noch lange nicht der Rassismus mit dem Antisemitismus gleichgesetzt werden. Dem antimuslimischen Rassismus fehlt insbesondere die dem Antisemitismus als umfassende Weltanschauung kennzeichnende „doppelte Unterscheidung“, nach welcher Jüdinnen und Juden einerseits als gemeinschaftsfremde Gruppe, andererseits mit der Moderne und deren Sozialmodell (Gesellschaft) identifiziert werden (vgl. Holz 2001, 544; Müller 2010).

## 7. Externe begünstigende Faktoren

Die Erfolge der Haider-FPÖ wurden auch durch den Wandel in der herrschenden Identitätspolitik begünstigt. Damals gerieten das Erfolgsmodell Zweite Republik und der entsprechende sozialpatriotische und neutralistische Konsens in die Krise. Gleiches gilt für die Vergangenheitspolitik: Mit der Waldheim-Affäre begann der Opfer-Mythos zu bröckeln. Unter den geänderten geopolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ließ vor allem die Kohäsionskraft des Österreichpatriotismus nach, kam es verstärkt zur „Infragestellung des nationalen Selbstverständnisses“ (Frölich-Steffen 2006, 54). Während der Sozialpatriotismus als Stolz auf die viel zitierte „Insel der Seligen“ noch bestimmt war durch seinen politischen (inkludierenden) Charakter, dominiert im sich mehr und mehr zum Nationalpopulismus radikalisierenden Austriazismus die Abgrenzung vom (inneren) Ausland. Insbesondere das Ende der Systemauseinandersetzung 1989 wirkte in seiner behaupteten Bedrohlichkeit homogenisierend auf das nationale Bewusstsein, welches zunehmend Züge einer Festungsmentalität annahm. Diese kollektive und massenmedial verstärkte „Rückbesinnung“ auf das Eigene führte „unmittelbar zu einer Aussöhnung zwischen Pangermanismus und Austriazismus“ (ebd.) und erleichterte den identitätspolitischen Schwenk der FPÖ.

Wird die österreichische Nation bloß in ihrer Abgrenzung zu Deutschnationalismus und Nationalsozialismus gesehen und ihr „nicht auf einer religiösen oder ethno-nationalen Ein- und Ausschließung“ (Pelinka 2008, 1) basierender, progressiver Charakter einseitig in den Vordergrund gestellt (vgl. Baier 1995), liegt es nahe, das patriotische Bekenntnis der FPÖ als ein bloß formales zu kritisieren. Damit würden jedoch die Ambivalenzen, die der Nationenbildung auch in Österreich innewohnen, ausgeblendet. Die „jedem Nationalismus immanente Form der Betonung des Ausschlusses, der scharfen oder zumindest deutlichen Abgrenzung vermeintlich Anderer, ist grundsätzlich auch einem Österreich-Nationalismus nicht fremd“ (Pelinka 2008, 18). Zudem entstand die österreichische Nation einmal 1945 aus dem Widerstand, das andere Mal wurde sie als bereits lange existente Gemeinschaft vom „preußischen“ Nationalsozialismus unterjocht. Letzteres Bild lässt sich leicht mit völkischen Abstammungsfantasien in Einklang bringen und wurde in der Zweiten Republik rasch zum vorherrschenden, was verständlich macht, „warum eine vom deutschnationalen Rand kommende Partei wie die FPÖ einen Platz im Zentrum des Staates erobern konnte“ (Bauböck 2001, 83). Begünstigt wurde dies durch die – im Widerspruch zum Staatsvertrag stehende – Duldung, ja Förderung des (kulturellen) Deutschnationa-

lismus, der so „starken Einfluss auf die politische Kultur“ (Frölich-Steffen 2006, 60) ausüben konnte.

In kritischer Perspektive muss also von einer ausgeprägten Kontinuität der Identitätspolitik ausgegangen werden: „Das nationalpopulistische Projekt der FPÖ besteht nicht in einer Neuerfindung der österreichischen Nation, sondern in Zuspitzung der Negationen, aus denen sie hervorgegangen ist.“ (Bauböck 2001, 81) Tatsächlich konnten die Freiheitlichen in vielerlei Hinsicht einfach „an die Staatsideologie der Nachkriegsära anschließen“ (ebd., 82). Dieser Anschluss wurde in dem Ausmaß begünstigt, in dem „das Programmatisch-Progressive, das Antithetische, das Antinationalistische des Österreich-Patriotismus einem Kleinstaats-Nationalismus Platz“ (Pelinka 2008, 18) gemacht hatte. War der Österreichpatriotismus je eine „tendenzielle Antithese zum Nationalismus schlechthin“ (ebd., 12), so hat er sich spätestens in der Waldheim-Affäre mehr und mehr in einen trotzigen Austriazismus verwandelt, „der auf die politische Mobilisierung kollektiver Identität durch Grenzziehungen setzt“ (Bauböck 2001, 77).

## 8. Nationaler Schulterschluss

Im nationalistischen „Abwehrkampf gegen die Sanktionen“ (Mölzer 2001, 138), der Erinnerungen an die Waldheim-Affäre wachrief, wurde es im österreichisch-patriotischen Feld wieder enger. Der „FPÖ wurde es durch das EU-kritischere Auftreten der ÖVP erheblich erschwert, sich als einzig patriotische Partei zu präsentieren“ (Frölich-Steffen 2004, 289). Dass die FPÖ in diesem Wettkampf wieder in offen antisemitische Agitation verfiel, verweist auf die völkische Kontinuität und die anhaltende Eignung „des Juden“ zum Ersatzobjekt für antiobrigkeitliches Ressentiment und rebellische Aggression.

Jörg Haider und der freiheitliche Antisemitismus wurde anderenorts bereits analysiert (vgl. Schiedel/Neugebauer 2002; Sickinger 2008, 212ff.), hier interessieren vor allem die Gründe für dessen Eskalation. Sie ist ursächlich mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ und der internationalen Kritik daran in Zusammenhang zu bringen (vgl. Sickinger 2008, 193ff.): Die autoritärpopulistische Inszenierung als Opposition und Antiestablishment verlor unter den veränderten Bedingungen an Glaubwürdigkeit. Selbst an der politischen Macht beteiligt, identifizierte die FPÖ umgehend die angeblich „wahren Mächte“ (im Ausland und Hintergrund) als Ersatzautoritäten, gegen die der Antiobrigkeitsreflex der Ohnmächtigen nun gelenkt wurde. Und so begann Haider 2001, wieder gegen die „Ostküste“, dem seit der Waldheim-Affäre beliebten Code für die vorgebliche unheimliche Macht des „Weltjudentums“, zu polemisieren. Daneben wurde der alte Verdacht der „jüdischen Illoyalität“ hervorgeholt: Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), sei ein „Verräter“ (vgl. ebd., 214). Mit seiner Kritik an der FPÖ und ihrer Regierungsbeteiligung wurde Muzicant zum Komplizen der „Österreich-Feinde“, „Vernaderer“ und „Nestbeschmutzer“. Der IKG-Präsident hätte der „demokratisch gewählten Regierung den Krieg erklärt“ und wäre „einer der Hauptverantwortlichen für die unerträgliche Hetze gegen unser Land“. Daher hätte er „im Spektrum der demokratischen Kräfte relativ wenig Platz“, taugte „nicht für die Demokratie“ und wäre „kein guter Österreicher“ (zit. n. Schiedel/Neugebauer 2002, 22f.).

Nach ihrem Gang in die Opposition und der Erneuerung des Bekenntnisses zur „deutschen Volksgemeinschaft“ verschärfte die FPÖ ihre Angriffe: Auf die Ankündigung Muzicants, ein Dossier über die antisemitischen Aussagen von FPÖ-PolitikerInnen anlegen zu lassen, antwortete MEP Andreas Mölzer, dies „seien Mossad-Methoden und eine Erpressung demokratisch

gewählter Politiker“ (APA-OTS, 31.7. 2006). FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache und der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete David Lasar behaupteten in bewährter Täter-Opfer-Umkehr, Muzicant hätte „in den vergangenen Jahren viel Hass in Richtung des Dritten Lagers in Österreich gesät“ (APA-OTS, 27.11. 2007). In einer weiteren Aussendung unterstellte Lasar dem IKG-Präsidenten nicht nur „parteipolitische“ Interessen, sondern vor allem ökonomische: Der große „Baubetreiber“ Muzicant versuche mittels „Tiraden gegen die FPÖ (...) über die Wiener SPÖ neue Großprojekte zu lukrieren“ (APA-OTS, 21.2. 2009). Am 21. Mai 2009 veröffentlichte Nationalratspräsident und Olympia-Burschenschafter Martin Graf einen Kommentar, in welchem er der „Linken“ vorwirft, die FPÖ „vernichten“ zu wollen. Angeführt würde sie dabei von einem Juden:

*Verlängerter Arm des Herrn Muzicant ist der gewalttätige linke Mob auf den Straßen. Mit seinen Beschimpfungen schafft der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde ein Klima der politischen Brutalität, weswegen sich schon viele Bürger fragen, ob er nicht als Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus bezeichnet werden sollte. (Neue Freie Zeitung 20/09, 17)*

Graf unterstellte Muzicant schließlich, es ginge ihm „um die Einschränkung der Meinungsfreiheit bis hin zum Tod jeder echten Demokratie“ (ebd.).

Insbesondere in Wahlkämpfen brach der Antisemitismus nun wieder verstärkt durch: Am Höhepunkt der Kampagne zum EU-Parlament („Abendland in Christenhand“) inserierte die FPÖ am 16. und 17. Mai 2009 in österreichischen Boulevardblättern ihr „Veto gegen EU-Beitritt von Türkei und Israel“, obwohl mit Israel keine Beitrittsverhandlungen aufgenommen worden waren. Der Wahlkampf zum EU-Parlament wurde auch mit antisemitischen Bildern geführt: In einem an alle ErstwählerInnen versandten „HC-Comic“ bedroht ein „Zentralplanet“ als ein von „Geld, Machtgeilheit und Gier“ sowie sexueller Ausschweifung beherrschtes „Epizentrum übler Mächenschaften und finsterner Absichten“ einen „blauen Planeten“. Auf dem „Zentralplaneten“ gibt es nicht nur einen „Sodom Club“, sondern auch sexuell frei verfügbare Frauen, die den Widerstandsgeist des Strache nachempfundenen jungen Helden vom „blauen Planeten“ brechen sollen. Der Harem gehört dem als Schwein mit Zigarre dargestellten Herrscher („Kommissar“). Drastische Darstellungen von Schmutz und (ansteckender) Krankheit regen phobische Fantasien an und verweisen auf die psychodynamischen Momente des Antisemitismus (vgl. Peham 2008; Pohl 2010; Salzborn 2010, 32ff.). Schließlich zeigt die bildliche Darstellung des „Zentralplaneten“ eine bezeichnende Ähnlichkeit mit einer antisemitischen Karikatur aus dem Jahr 1898 (FPÖ-Bildungsinstitut 2009; vgl. Der Standard, 13.6. 2009).

Der FPÖ-Spitzenkandidat bei der Vorarlberger Landtagswahl, Dieter Egger, bezeichnete am 21. August 2009 in einer Wahlrede den Direktor des Jüdischen Museums Hohenems, Hanno Loewy, als „Exil-Juden aus Amerika in seinem hoch subventionierten Museum“, den die österreichische Innenpolitik nichts angehe. Mit dem Einsetzen von Kritik begann die FPÖ eine Kampagne, in der sie sich selbst als Opfer einer Kampagne darstellte. Egger wandte sich in einem Inserat direkt an die Bevölkerung:

*Die Menschen machen sich zu Recht Sorgen um die Zukunft unserer Heimat. Ich nehme diese Sorgen ernst und setze mich entschieden für unsere Heimat ein. (...) Dem Direktor des Jüdischen Museums passt das nicht. Am liebsten würde er uns den Einsatz für unsere Heimat verbieten. Das lassen wir uns nicht bieten! Das hat nichts mit Antisemitismus zu*

*tun. Hingegen hat die Kritik am Begriff „heimisch“ sehr viel damit zu tun, was wir noch in unserem Lande sagen dürfen und wer bestimmt, was gesagt werden darf und was nicht. Ich frage Sie: Wie steht es um unser schönes Land, wenn man Begriffe wie „Heimat“ und „heimisch“ nicht mehr in den Mund nehmen darf? (...) Ich werde mich mit Sicherheit nicht erpressen lassen (...). Ich bin mir sicher, dass sich auch die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger nicht erpressen lassen! (Mein kleines Blatt, 35/09, 8)*

In der von Mölzer mitverantworteten Wochenzeitung *Zur Zeit* wird Martin Pfeiffer, „Schriftleiter“ des betont völkischen FPÖ-Akademikerorgans *Die Aula*, noch deutlicher:

*Überfällig war es auch, daß die FPÖ, die als Hüterin der Interessen der echten Österreicher auftritt, diejenigen in die Schranken weist, die sich als Gäste der Alpenrepublik anmaßen, sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes einzumischen, und dabei noch unverschämte Äußerungen absondern. Hanno Loewy sollte lieber zuerst vor der eigenen Tür kehren und die großen Missstände in Israel unter die Lupe nehmen. (35/09, 5)*

An Beispielen wie diesen wird deutlich, wie sehr die Täter-Opfer-Umkehr und das Fremd-Machen der Jüdinnen und Juden den Antisemitismus bis heute grundlegend prägen. Die (christliche/nationale) Gemeinschaft bleibt hermetisch geschlossen, wobei die unter den Identischen nicht zugelassene Kritik den Nicht-Identischen zugeschrieben und übel genommen wird. Dazu kommt der feindselige Bezug auf den Staat Israel, für dessen Politik Jüdinnen und Juden weltweit verantwortlich gemacht werden.

Entsprechend der nach Auschwitz zu konstatierenden Bedeutungsverschiebung von der „Bluts-“ zur „Solidargemeinschaft“ artikuliert sich der (codierte) völkische Antisemitismus heute vor allem im Ressentiment gegen den globalisierten Kapitalismus. Im FPÖ-Programm läuft etwa das Volk Gefahr, zum „Spielball internationaler Spekulanten und Konzerne“ (FPÖ 2005) zu werden. Dass „unser Land nicht in Spekulantenhand“ gehöre, plakatierte die FPÖ 2009 zur AK-Wahl in Oberösterreich. Und der Landtagswahlkampf in Salzburg wurde im selben Jahr mit Parolen wie „Arbeit & Moral statt Gier & Kapital“ geführt. Wieder sind es nicht die (grundsätzlich bejahten) Verhältnisse, die für die Misere verantwortlich gemacht werden, sondern (fremde) Personen und ihre moralische Verkommenheit. So sieht Andreas Mölzer die Schuld an der jüngsten Bankenkrise bei den profitgierigen „Spekulanten an der New Yorker Wall Street“ (APA-OTS, 14. 11. 08) oder der „internationale(n) Hochfinanz“ (APA-OTS, 20.10. 2009).

Im völkischen „Antikapitalismus“ (Antiglobalismus) werden vor dem Hintergrund der christlichen Traditionen (Hass auf die „Wechsler“) Jüdinnen und Juden als prototypische AusbeuterInnen des Volksganzen („Blutsauger“) identifiziert und haftbar gemacht für anonyme und undurchschaute gesellschaftliche Mächte. Der Kapitalismus wird nicht als komplexes gesellschaftliches Verhältnis kritisiert, sondern insbesondere in seiner Krisenhaftigkeit als Ausfluss des bösen Charakters von „Herrschenden“ diffamiert. Aus (sozialer) Herrschaft als Struktur wird wieder ein (feindliches) Subjekt gemacht, gegen welche sich die ganze Unzufriedenheit richten soll. Kernpunkt dieses Ressentiments ist die Personalisierung von Herrschaftsverhältnissen und die demagogische Auflösung der Einheit von Produktion und Zirkulation, wobei nur Letztere (als Finanz- oder Spekulationskapital) ins Visier der Völkischen (und auch mancher Nicht-Rechtsextremer) gerät (vgl. Postone 2005).

## 9. Zusammenfassung

Bei allen identitätspolitischen Schwenks der FPÖ stellen die rigide Exklusivität der jeweiligen (immer bedrohten) Gemeinschaft und der Antisemitismus als deren ideologischer Effekt das Kontinuum freiheitlicher Identitätspolitik dar. Auch das vorübergehende Abrücken von der offenen Deutschtümelei Mitte der 1990er-Jahre bedeutete keinen grundlegenden Bruch mit dem Völkischen: „Der neue Österreich-Patriotismus der FPÖ hatte inhaltlich (...) kaum etwas an dem Identitätskonzept der Freiheitlichen geändert.“ (Frölich-Steffen 2004, 288) Der freiheitliche Patriotismus war kein politischer und galt weniger der durch Verbotsgesetz und Staatsvertrag sich vom Deutschnationalismus abgrenzenden Republik als der „Heimat“. Diese steht nicht nur für das Eigene, Provinzielle und Traditionelle, sondern auch (gleich der Gemeinschaft und im Gegensatz zur abstrakten Gesellschaft) für das Konkrete, welches von Völkischen als das „Natürliche“ und unmittelbar Erfahr- oder Begreifbare missverstanden wird.

Die These, wonach im Zuge des in den frühen 1990er-Jahren einsetzenden (scheinbaren) identitätspolitischen Wandels der FPÖ der „ehemals in der Partei vorherrschende Deutschnationalismus (...) zur parteiinternen Subkultur“ (ebd., 281) wurde, ist spätestens seit 2005 nicht aufrechtzuerhalten. Mit dem neuerlichen Rechtsruck der FPÖ wurden dort völkische Positionen wieder hegemonial, kehrten die „Alten Herren“ aus den „wehrhaften“ Korporationen an die Machthebel in der Partei zurück (vgl. Schiedel 2007, 107ff.). FPÖ-Kader führen heute das deutschnationale Bekenntnis zur Volksgemeinschaft wieder wie selbstverständlich im Mund. Auch die programmatische Erneuerung dieses Bekenntnisses ließ nicht lange auf sich warten, wobei ihm das „Christentum, das seine Werte verteidigt“ beigefügt blieb. In der freiheitlichen Identitätspolitik kam es darüber hinaus ab der Jahrtausendwende zur Wiederentdeckung Europas, das schon ab 1943 als propagandistischer Platzhalter für Großdeutschland diente (vgl. Neulen 1980). Dieser alte Kampfbegriff wurde nun als kultureller wieder aufgegriffen: Europa ist nicht mehr länger Festung gegen den Kommunismus, sondern als christliches „Abendland“ neuerlich vom Islam bedroht. In dieser Bedrohung (aus dem (Süd-)Osten) ist eine weitere Kontinuität zu finden, welche die identitätspolitischen Neubesetzungen der Freiheitlichen in den letzten Jahren derart erleichterte.

Das Identitätskonzept der FPÖ pendelt in der tagespolitischen Agitation heute zwischen Österreich-Chauvinismus und Deutschnationalismus, Anti-Multikulturalismus und Ethnopluralismus, Anti-Europäismus und Abendlandrettung<sup>8</sup>. Verbunden werden diese Konzepte durch aufeinander folgende und ineinander greifende religiöse (kulturelle), völkische, rassistische und schließlich wieder kulturelle (religiöse) Ausgrenzungsmuster. Ihnen gemeinsam ist das dichotomische Schema der völkischen Weltanschauung. Dieses kennzeichnet freiheitliche Identitätspolitik bis heute und artikuliert sich einerseits in wieder offenerem Antisemitismus, andererseits in der feindlichen Konstruktion der (muslimischen) Fremden und ihrer Religion.

### ANMERKUNGEN

- 1 Als völkisch soll zunächst das rebellische Moment des ab den 1870er-Jahren antiliberalen bis konservativen Deutschnationalismus bezeichnet werden. Die bürgerliche Revolution wurde spätestens nach ihrem Scheitern 1848 zur Form, die von Völkischen mit anderem (gegenrevolutionärem) Inhalt aufgefüllt wurde.
- 2 Jörg Haider und Thomas Prinzhorn bezeichneten sich im Nationalratswahlkampf 1999 als „zwei echte Österreicher“. Gleiches machte im Übrigen die ÖVP mit ihrem Kandidaten Josef Klaus, der 1970 als „echter Österreicher“ dem jüdischen Österreicher Bruno Kreisky gegenübergestellt wurde (vgl. Stögner 2008, 42).

- 3 Weil die Siege der Heere Napoleons die Befreiung aus dem Getto bedeuteten, wurden in antisemitischer Logik (*cui bono?*) die Jüdinnen und Juden zur Fünften Kolonne Frankreichs. Moritz Arndt nannte sie bereits 1814 „entartetes und verdorbenes Volk“ oder „Ungeziefer“ und verkündete das Urteil der völkischen Befreiungskrieger: Wer sich wie sie „mit Frankreich verbündet und Frankreich um Hilfe anschreit, der meint Tückisches und Verräterisches gegen Deutschland, der ist wie das Schaf, das dem Wolf die Hürde öffnet; er werde friedlos erklärt über das ganze deutsche Reich“ (zit. n. Berding 1988, 60).
- 4 Der anti-aufklärerische und kulturkritische Volksgemeinschaftsbegriff geht zwar bereits auf Friedrich Schleiermacher (1768–1834) zurück, er erfährt seine Relevanz jedoch erst im frühen 20. Jahrhundert. Ausgehend von Ferdinand Tönnies' (1887/1991) Unterscheidung zwischen emotional-natürlichen Bindungen und rational-utilitaristischen Zusammenschlüssen, der antimodernen Gemeinschaftssehnsucht der deutschen Jugendbewegung und der Kriegsrhetorik der „Frontgemeinschaft“ oder des „Geistes“ von 1914 (vgl. Verhey 2000) beginnt er den gesamten politischen Diskurs zu affizieren. „Volksgemeinschaft“ wird zur höchst affektiv aufgeladenen Sammelbezeichnung für die unterschiedlichsten Positionen, die eine militante Ablehnung des Individualismus, der bürgerlichen Gesellschaft und der liberalen Parteiendemokratie gemeinsam haben. Die Volksgemeinschaftsideologie baute auf der „Sehnsucht einer krisengeschüttelten und in ihren sozialen Orientierungsmustern erschütterten Bevölkerung nach Normalität“ (Peukert 1982, 89) auf und entfaltete in den 1920er-Jahren ihre geradezu magische oder mythische Wirkung (vgl. Schultze-Bering, 655). Mit der Radikalisierung des Völkischen beginnt nicht nur der antidemokratische Gehalt des Gemeinschaftsdünkels, sondern auch die Bedeutung als „Blutgemeinschaft“ zu dominieren.
- 5 Heute kommt Muslimen eine ähnliche Bedeutung zu: In ihrem Kampf gegen die „Überfremdung“ („Islamisierung“) schloss die FPÖ mittlerweile sogar ein Bündnis mit dem vormaligen Erzfeind, dem serbischen Nationalismus in Form der Serbisch Radikalen Partei (vgl. Neue Freie Zeitung, 24/08, 14).
- 6 Im Jahr 2000 stellten gerade noch fünf Prozent der Befragten in Abrede, dass Österreich eine Nation sei (vgl. Frölich-Steffen 2004, 284), was von deutschvölkischer Seite regelmäßig als Ergebnis der „Umerziehung“ denunziert wird.
- 7 Der „deutschnationale(n) Hintergrund“ (Sickinger 2008, 160) der vorangegangenen E(W)G/EU-Begeisterung wird von freiheitlicher Seite gar nicht in Abrede gestellt: „Im historischen Rückblick scheint der Verdacht berechtigt, daß es sich bei der von den Freiheitlichen verlangten Hinwendung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um so etwas wie ein Surrogat für die alte Anschlußpolitik der Zwischenkriegszeit handelte.“ (Mölzer 2001, 136)
- 8 Ein Widerspruch zwischen der Wiederentdeckung Europas (als christliches Abendland) und der antieuropäischen Agitation der FPÖ besteht nur bei oberflächlicher Betrachtung. Der freiheitliche Anti-Europäismus richtet sich nur gegen die Integration und den damit verbundenen Souveränitätsverlust der Nationalstaaten, während das vor „Amerikanisierung“ und „Islamisierung“ zu rettende „Europa“ als ideologisches Ausschlussprinzip gutgeheißen wird.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Baier, Walter (1995). „Sogar Südtirol ...“ Anmerkungen zu Nation und Nationalismus in Österreich, in: Gero Fischer/Maria Wölflingseder (Hg.): *Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch*, Wien, 224–235.
- Bauböck, Rainer (2001). *Grenzziehungen. Zur Konstruktion des Volks durch den österreichischen Nationalpopulismus*, in: Erna Appelt (Hg.): *Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*, Innsbruck/Wien/München, 76–92.
- Berchthold, Klaus (1967). *Österreichische Parteiprogramme 1886–1966*, Wien.
- Berding, Helmut (1988). *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a. M.
- Berghoff, Peter (1999). „Der Jude“ als Todesmetapher des „politischen Körpers“ und der Kampf gegen die Zersetzung des nationalen „Über-Lebens“, in: Peter Alter/Claus-Ekkehard Bärsch/Peter Berghoff (Hg.): *Die Konstruktion der Nation gegen die Juden*, München, 159–172.
- Bergmann, Werner (1997). *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989*, Frankfurt a. M.
- Burkert, Günther R. (1995). Der Landbund für Österreich, in: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien, 207–217.
- Diner, Dan (2004). Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Nathan Sznaider (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*, Frankfurt a. M., 310–329.
- Dostal, Thomas (1995). Die Großdeutsche Volkspartei, in: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien, 195–206.
- Frölich-Steffen, Susanne (2004). Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(3), 281–295.

- Frölich-Steffen, Susanne (2006). „Nationbuilding“ in Österreich: Versöhnung von Austriazismus und Pangermanismus, in: Helmut Kramer/Karin Liebhart/Friedrich Stadler (Hg.): Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In memoriam Felix Kreissler, Wien/Berlin, 53–68.
- Hegener, Wolfgang (2004). Erlösung durch Vernichtung. Zur Psychoanalyse des christlichen Antisemitismus, Gießen.
- Hoffmann, Christhard (1990). Das Judentum als Antithese. Zur Tradition eines kulturellen Deutungsmusters, in: Werner Bergmann/Rainer Erb (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen.
- Hoffmann, Christhard (2004). Nationalismus und Ausgrenzung der Juden. Kontinuitätslinien des Antisemitismus in Deutschland, in: Günter Morsch/Susanne Nieden (Hg.): Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936 bis 1945, Berlin, 41–63.
- Hoffmann, Lutz (1993). Die Konstitution des Volkes durch seine Feinde, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M./New York, 13–37.
- Holz, Klaus (2001). Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg.
- Jeismann, Michael (1992). Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff in Deutschland und Frankreich, Stuttgart.
- Mölzer, Andreas (2001). Entideologisierung und Rechtspopulismus, in: Lothar Höbelt (Hg.): Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ, München, 112–144.
- Mosse, Georg L. (1999). Die Juden im Zeitalter des Nationalismus, in: Peter Alter/Claus-Ekkehard Bärsch/Peter Berghoff (Hg.): Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München, 15–25.
- Müller, Jochen (2010). Die Islamophobie und was sie vom Antisemitismus unterscheidet. Anmerkungen zu einem Vergleich. Internet: [http://www.bpb.de/themen/EUUZ53,0,Die\\_Islamophobie\\_und\\_was\\_sie\\_vom\\_Antisemitismus\\_unterscheidet.html](http://www.bpb.de/themen/EUUZ53,0,Die_Islamophobie_und_was_sie_vom_Antisemitismus_unterscheidet.html)
- Neulen, Hans Werner (1980). Eurofaschismus. Europas verratene Söhne, München.
- Pauley, Bruce F. (1993). Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien.
- Peham, Andreas (2004). Vom Reinheitswahn zum Vernichtungswunsch. Christentum, Narzissmus und Antisemitismus, in: Context XXI, 8/04, 4–8.
- Peham, Andreas (2008). Die erste Lüge. Eine psychoanalytisch orientierte Kritik des Antisemitismus, in: Stiftung DÖW (Hg.): Jahrbuch 2008, Wien, 46–69.
- Pelinka, Anton (2002a). Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus, in: conflict & communication online 1/02. Internet: [http://www.cco.regener-online.de/2002\\_1/pdf\\_2002\\_1/pelinka.pdf](http://www.cco.regener-online.de/2002_1/pdf_2002_1/pelinka.pdf) (12.9. 2010).
- Pelinka, Anton (2002b). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31(3), 281–290.
- Pelinka, Anton (2008). Österreichische und jüdische Identität, in: Ders./Hubert Sickinger/Karin Stögner: Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, Wien, 1–23.
- Peukert, Detlev (1982). Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln.
- Pohl, Rolf (2010). Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden, 41–68.
- Poliakov, Leon (1977). Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus, Wien.
- Postone, Moishe (2005). Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg, 165–194.
- Reinfeld, Sebastian (2000). Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien.
- Rensmann, Lars (2000). Aufgearbeitete Vergangenheit? Zur Erforschung gegenwärtiger Dynamiken von Nationalismus und Judäophobie in Deutschland, in: Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hg.): Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus – Rassismus. Kontinuitäten und Brüche, Duisburg, 75–102.
- Salzborn, Samuel (2010). Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt a. M./New York.
- Sartre, Jean-Paul (1975). Betrachtungen zur Judenfrage. Psychoanalyse des Antisemitismus, in: Ders.: Drei Essays, Frankfurt a. M., 108–190.
- Schiedel, Heribert (2007). Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft, Wien.
- Schiedel, Heribert/Wolfgang Neugebauer (2002). Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hg.): „Dreck am Stecken.“ Politik der Ausgrenzung, Wien, 11–31.
- Schiedel, Heribert/Martin Tröger (2002). „Durch Reinheit zur Einheit“. Zum deutschnationalen Korporationswesen in Österreich, in: Siegfrieds Köpfe. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an der Universität, Context XXI 7–8/01–1/02, 27–39.
- Schmitz-Berning, Cornelia (1998). Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York.

- Sickinger*, Hubert (2008). Jörg Haider, in: Anton *Pelinka*/Hubert *Sickinger*/Karin *Stögner*: Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, Wien, 111–220.
- Stögner*, Karin (2008). Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus, in: Anton *Pelinka*/Hubert *Sickinger*/Karin *Stögner*: Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, Wien, 25–110.
- Sterling*, Eleonore (1969). Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1850), Frankfurt a. M.
- Tönnies*, Ferdinand (1991<sup>3</sup>/1887). Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Darmstadt.
- Verhey*, Jeffrey (2000). Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg.
- Volkov*, Shulamit (1990). Antisemitismus als kultureller Code, in: Dies.: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München, 13–36.

#### Weitere Quellen

- Freiheitliche Partei Österreichs (2005). Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg. Internet: [http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/FP\\_Parteiprogramm\\_Neu.pdf](http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/FP_Parteiprogramm_Neu.pdf) (12.9. 2010).
- FPÖ (2009). Handbuch freiheitlicher Politik. Internet: [http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2009/Handbuch\\_FPOE\\_webok.pdf](http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2009/Handbuch_FPOE_webok.pdf) (12.9. 2010).
- FPÖ-Bildungsinstitut (2009). Der blaue Planet. HC's Kampf für Freiheit gegen eine zentrale EU, Wien. Der Standard, 13. 6. 2009.
- Mein kleines Blatt, 35/09.
- Neue Freie Zeitung, 24/08.
- Neue Freie Zeitung, 20/09.
- Zur Zeit, 35/09.
- APA-OTS, 31.7. 2006. Internet: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20060731\\_OTS0115/moelzer-muzicant-dossiers-ueber-fpoe-politiker-sind-zurueckzuweisen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060731_OTS0115/moelzer-muzicant-dossiers-ueber-fpoe-politiker-sind-zurueckzuweisen) (12.9. 2010).
- APA-OTS, 27.11. 2007. Internet: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20071127\\_OTS0171/muzicant-hat-am-wahltag-die-rechnung-fuer-seine-politik-praesentiert-bekommen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071127_OTS0171/muzicant-hat-am-wahltag-die-rechnung-fuer-seine-politik-praesentiert-bekommen) (12.9. 2010).
- APA-OTS, 14.11. 2008. Internet: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20081114\\_OTS0125/moelzer-usa-duerfen-sich-bei-weltfinanzgipfel-nicht-aus-der-verantwortung-stehlen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20081114_OTS0125/moelzer-usa-duerfen-sich-bei-weltfinanzgipfel-nicht-aus-der-verantwortung-stehlen) (12.9. 2010).
- APA-OTS, 21.2. 2009. Internet: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20090221\\_OTS0025/lasar-muzicant-erweist-ikg-mit-agitation-gegen-die-fpoe-keinen-guten-dienst](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090221_OTS0025/lasar-muzicant-erweist-ikg-mit-agitation-gegen-die-fpoe-keinen-guten-dienst) (12.9. 2010).
- APA-OTS, 20.10. 2009. Internet: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091020\\_OTS0083/moelzer-kontrolle-der-finanzmaerkte-ist-wichtig-denn-je](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091020_OTS0083/moelzer-kontrolle-der-finanzmaerkte-ist-wichtig-denn-je) (12.9. 2010).

#### AUTOR

Andreas PEHAM, Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Abteilung Rechtsextremismusforschung; Arbeitsschwerpunkte: Antisemitismus, Rassismus, FPÖ, Burschenschaften.

Korrespondenzadresse: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wiplingerstraße 6–8, 1010 Wien

E-Mail: [andreas.peham@doew.at](mailto:andreas.peham@doew.at)



Michael Benedikt, Reinhold Knoll,  
Franz Schwediauer, Cornelius Zehetner (Hg.)

## Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung

Band VI

Auf der Suche nach authentischem Philosophieren  
Philosophie in Österreich 1951–2000

facultas.wuv 2010, 1.286 Seiten,  
Hardcover mit Schutzumschlag  
ISBN 978-3-7089-0446-7  
EUR 49,- [A] / EUR 47,70 [D] / sFr 67,90

*Wie sieht die Standortbestimmung des Philosophierens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Österreich aus? In welcher Form erscheint die Philosophie in den einzelnen Wissenschaften, in Politik und Gesellschaft, Kunst und Wirtschaft? Besitzen diese Bestimmungen noch Stringenz, gar Verbindlichkeit?*

Beginnend mit Feyerabends früher Studie über die Geisteswissenschaften in Österreich widmen sich siebzig AutorInnen in sechs Kapiteln der Darstellung von Personen und Problemkreisen: von Gesellschafts-, Natur- und Geisteswissenschaften über philosophische Auseinandersetzungen in Kunst und Politik bis zum Einfluss der Philosophie auf die Bildungspolitik und zu den institutionellen Ausrichtungen in Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Linz. Hinter dem breiten Bedarf an Philosophie wird die Fortführung und Transformation von drei Schulen des Empirismus in Österreich aufgezeigt, des naturwissenschaftlich-logischen Empirismus in Anknüpfung an den Wiener Kreis und die analytische Tradition, eines geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Empirismus als sogenannte Erste Wiener Schule sowie des Philosophischen Empirismus als umfassender Konzeption.

*Mit dem vorliegenden Band gelangt die Darstellung der österreichischen Philosophiegeschichte in der Reihe „Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung“ zum Abschluss.*

*“There are very few comparable books in other countries, and it is a pride for Austria to be able to finish this valuable series. The 70 essays certainly will provide stimulus for further studies and the book will remain for years to come a Goldgrube for the international research community interested in Austrian humanistic and scientific culture and drawing lessons from it.” FWF*